



jugendsozialarbeit aktuell



Nummer 168 / Juli 2018

Liebe Leserin,
lieber Leser,

die Landesinitiative „Kein Abschluss ohne Anschluss“ (KAOA) unterstützt den erfolgreichen Übergang von der Schule in Ausbildung, Studium und Beruf – garantieren kann (und will) sie diesen Erfolg jedoch nicht. Wäre eine Ausbildungsplatzgarantie im Sinne eines Rechtsanspruchs auf einen Erstausbildungsplatz im Anschluss an die erfüllte Vollzeitschulpflicht hier nicht sinnvoller?

Bei den Worten „Rechtsanspruch“ und „Platz“ kommen mir als Erstes der Rechtsanspruch auf einen KiTa-Platz in den Sinn – und all die damit verbundenen Schwierigkeiten. Denn es ist ja nicht so, dass jedes Kind ab drei Jahren einen Platz in einer Kindertagesstätte hat. Eine Ausbildungsplatzgarantie alleine wird den jungen Menschen im Übergang in Ausbildung oder Studium ebenfalls kaum weiterhelfen. Sicher – vielen wird dieser Übergang gelingen. Diejenigen jedoch, die bereits heute auf Unterstützung und Begleitung angewiesen sind, werden auch bei einem Rechtsanspruch auf einen Ausbildungsplatz dieser Unterstützung bedürfen. Daher sollte eine solche Garantie auch immer bei Bedarf eine Garantie einer Begleitung während der Ausbildung beinhalten.

Die Katholische Jugendsozialarbeit hat beim Deutschen Katholikentag in Münster mit Vertretern aus Politik und Gewerkschaft über eine Ausbildungsplatzgarantie diskutiert. Über die einzelnen Positionen, Unterschiede und Gemeinsamkeiten der Diskussionsteilnehmer informieren wir Sie in dieser Ausgabe von *jugendsozialarbeit aktuell*.

Stefan Ewers
Geschäftsführer

Rückblick: Die Katholische Jugendsozialarbeit auf dem 101. Deutschen Katholikentag - Teil 2

Der aktuelle Berufsbildungsbericht 2018 unterstreicht, dass trotz der guten Konjunktur immer noch ein beachtlicher Anteil junger Menschen ohne Berufsabschluss bleibt: Der Anteil junger Menschen ohne eine formale berufliche Qualifikation ist von 13,4 auf 14,3 Prozent gestiegen, bei den jungen Erwachsenen ohne deutsche Staatsangehörigkeit blieben sogar 33,6 Prozent ohne Berufsabschluss. Auch die Zahl der Jugendlichen, die nach der Schule nicht direkt in eine Ausbildung, sondern in eine Maßnahme im Übergangssystem münden, ist mit ca. 290.000 weiterhin unverändert hoch.

Kann ein Recht auf Ausbildung oder eine Ausbildungsplatzgarantie, wie sie im Koalitionsvertrag vereinbart wurde, tatsächlich die Situation junger ausbildungsloser Menschen in NRW verbessern? Welche politischen Initiativen und strukturellen Änderungen hierfür notwendig wären, dazu veranstaltete die LAG KJS NRW zusammen mit der BAG KJS am Freitag, den 11. Mai 2018 eine Diskussionsrunde auf dem Katholikentag zum Thema „Ausbildung und Teilhabe für alle jungen Menschen umsetzen“. Eingeladen waren Marco Schmitz, MdL und stellvertretender Vorsitzender des Landtagsausschusses Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW, Norbert Wichmann, Abteilungsleiter Bildung, berufliche Bildung und Handwerk im DGB Bezirk NRW sowie Ludger Urbic, Referent für Jugendsozialarbeit beim Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ).

Trotz guter Konjunktur bleiben viele Jugendliche ohne Ausbildung

Einig sind sich die Beteiligten, dass ein Teil der Schulabgänger trotz guter Konjunktur und eines sich abzeichnenden Fachkräftemangels nach wie vor keine Ausbildungsstelle finden. Gerade für Jugendliche ohne Schulabschluss oder Ausbildungsreife ist

die Situation besonders schwierig. Norbert Wichmann unterstreicht, dass nicht nur benachteiligte Jugendliche, sondern in manchen Regionen auch Schüler_innen mit Realschulabschluss oder sogar Fachabitur keine Ausbildungsstellen finden. Was die regionale Disparität betrifft, weist Marco Schmitz darauf hin, dass auch mehr die Bereitschaft zur Mobilität von den Jugendlichen eingefordert werden muss und die Politik dies auch durch die Einführung eines Azubi-Tickets fördern könnte.

Eigentlich, so Norbert Wichmann, stellt sich das Problem der ausbildungslosen Jugendlichen noch größer dar, als die Statistik der Bundesagentur für Arbeit den Eindruck vermittelt. Denn hinter den Zahlen in der Kategorie „Bewerber mit Alternativen“ verbirgt sich eine versteckte Arbeitslosigkeit. Diese Jugendlichen besuchen u.a. Maßnahmen der Arbeitsverwaltung und haben sich nicht wirklich für diese Alternative entschieden.

Auch wenn viele Betriebe Auszubildende suchen, muss konstatiert werden, dass mittlerweile nur noch knapp 20 Prozent der Betriebe ausbilden, so Ludger Urbic. Zurückgezogen haben sich vor allem Kleinbetriebe. Diese müssen wieder für eine Ausbildung gewonnen werden.

Was kann also von Seiten der Politik unternommen werden, um die Situation für die Jugendlichen zu verbessern? Kann durch ein gesetzlich festgeschriebenes Recht auf Ausbildung das Angebot an Ausbildungsplätzen erhöht werden und wenn ja, soll dies in den Betrieben erfolgen oder müssen außerbetriebliche Plätze geschaffen werden?

Recht auf Ausbildung erhöht den Handlungsdruck

Aus Sicht der Jugendsozialarbeit, so Ludger Urbic, muss mit dem Recht auf Ausbildung mehr Druck auf die Unternehmen und die Politik ausgeübt werden. Mit der vereinbarten Ausbildungsgarantie im Rahmen der Allianz für Aus- und Weiterbildung und entsprechenden Ver-

einbarungen auf Länderebene hat sich zwar auf der einen Seite die Situation verbessert, aber die Zahl der Ausbildungsstellen ist in den letzten Jahren dennoch zurück gegangen, vor allem weil Kleinbetriebe nicht mehr ausbilden können oder wollen.

Der Frage, ob ein Rechtsanspruch wie bspw. im KiTa-Bereich nicht eine andere Verbindlichkeit für Politik bzw. Wirtschaft schafft, widerspricht Marco Schmitz entschieden. Der Vergleich lässt sich so nicht ziehen, denn im Kita-Bereich kann der Staat oder die Kommune den Platz anbieten bzw. schaffen, einen

Ausbildungsplatz bei Betrieben kann die öffentliche Hand jedoch nicht garantieren. Norbert Wichmann ergänzt, dass man sich bei diesen Forderungen Gedanken machen muss, wie man diese operationalisiert. Alle drei Diskutanten sind einig, dass man Betriebe nicht zwingen kann, Ausbildungsplätze zu schaffen. Ludger Urbic unterstreicht, dass mit dem Recht auf Ausbildung ein Jugendlicher aber ein Recht auf Unterstützung oder flankierende Maßnahmen erhält. Natürlich gibt es aus seiner Sicht immer ein Primat der betrieblichen Berufsausbildung, aber die Politik muss ergänzend Maßnahmen zur Verfügung stellen.

Marco Schmitz betont, dass man es als Politik nicht schafft, jedem einen Ausbildungsplatz zu garantieren. Das ist auch nicht Aufgabe der Politik. Man kann nur die Rahmenbedingungen schaffen, damit Betriebe ihre Ausbildungskapazitäten erweitern. Dies muss aber immer in Absprache mit der Wirtschaft und den Kammern erfolgen.

Ausbildungsbedingungen in bestimmten Branchen müssen verbessert werden

Ludger Urbic verweist darauf, dass viele Benach-

„Es hat Spaß gemacht, fremden Personen das Upcycling zu zeigen. Toll war, dass so viele Menschen da waren!“

Sarah (Teilnehmerin des IN VIA-BfZ)



Seit 1975 können junge Menschen ohne Beschäftigung, ohne Ausbildung bzw. mit Lernbeeinträchtigungen im IN VIA St. Lioba Berufsförderzentrum Angebote zur beruflichen Eingliederung oder überbetrieblichen Ausbildung wahrnehmen. Derzeit bietet die Einrichtung Platz für ca. 120 Jugendliche bzw. junge Erwachsene. Die Jugendlichen, die am Katholikentag teilgenommen haben,

waren Auszubildende der unterschiedlichen überbetrieblichen Ausbildungsgänge und Teilnehmer_innen des youngcaritas Projektes „Nachhaltigkeit – nicht alles was gebraucht oder alt ist, muss weg – weg von der Wegschmeißgesellschaft“. Auf dem Katholikentagsstand upcyclten die Teilnehmer_innen am 10.05. zusammen mit den Standbesucher_innen aus Korken Engel. Es gab viele interessierte Personen, die sich begeistert zeigten und mitmachten.

teiligte nach wie vor in Ausbildungen gedrängt werden, die nicht ihren Neigungen entsprechen, wie bspw. in der Gastronomie. Dort überfordern die Anforderungen der Ausbildung (wie Arbeitszeiten oder auch das Sozialverhalten, das im Service grundlegend vorausgesetzt wird) oft diese Jugendlichen. Norbert Wichmann ergänzt, dass man Jugendliche nicht ernsthaft in einen Bereich drängen kann, in den sie partout nicht möchten. Man muss sich hier Gedanken um die Rahmenbedingungen und die Verbesserung der

lichen nicht akzeptiert, wie die Vergangenheit gezeigt hat. Jugendliche wollen in Betrieben ausgebildet werden, eine Ausbildungsverütung erhalten und dort betriebliche Teilhabe erfahren. Aus seiner Sicht könnte es dazu führen, dass sich Jugendliche mit guten Schulleistungen für eine betriebliche Ausbildung entscheiden und die, die sich in der Schule schwer getan haben oder schulmüde sind, dann die vollzeitschulische Ausbildung absolvieren müssen. Dieser Vorschlag wird von den Verbänden und



v.l.n.r.: Marco Schmitz, Norbert Wichmann, Ludger Urbic, Andrea Pingel (BAG KJS - Moderation)

Ausbildungsqualität in den Betrieben machen. Um die Attraktivität für bestimmte Ausbildungsgänge wie bspw. der pflegerischen Berufe zu erhöhen, nennt Marco Schmitz als eine Maßnahme die Abschaffung des Schulgelds. Er sicherte zu, dass die Politik auf Landesebene sich mit den Tarifpartnern abstimmen und da, wo mit Gesetzen und finanziellen Mitteln etwas möglich ist, auch das Notwendige umgesetzt wird.

Ausbildungskapazitäten erweitern durch vollzeitschulische Ausbildungsplätze?

Dem Vorschlag, die Ausbildungskapazität evtl. durch schulische Ausbildungsplätze, wie es z.B. in pflegerischen Berufen der Fall ist, auszuweiten, widerspricht Norbert Wichmann ganz entschieden. Vollschulische Bildungsgänge für Berufe

im Dualen Bereich werden von den Jugend-

Kammern so nicht mehr gefordert. Ein Ausbau der vollzeitschulischen Ausbildung könnte zudem dazu führen, dass bspw. am Ende nur noch kaufmännische Angestellte ausgebildet werden, weil Jugendliche „etwas mit Digital und Medien“ machen wollen und ihnen anschließend die Perspektive auf dem Arbeitsmarkt fehlt. Er plädiert somit für Instrumente, die nicht losgelöst vom Bedarf des Arbeitsmarkts sind.

Finanzielle Förderung zusätzlicher Ausbildungsplätze

Für Marco Schmitz ist wichtig, dass die Jugendlichen unternehmensnah bzw. bei den Unternehmen ausgebildet werden. Sie sollen von den Kollegen das soziale Miteinander lernen. Wenn der Alltag nur in einer Werkstatt bei einem Träger stattfindet, dann fehlt der Bezug zum realen Arbeitsalltag. Daher hat sich die Landesregierung auch dazu entschlossen, das Programm „Ausbildungsprogramm NRW“ neu aufzulegen. Das

„Die Atmosphäre hat mir gut gefallen. Ich hatte Spaß und die Menschen waren freundlich.“

Jan (Teilnehmer des IN VIA BfZ)

wird zwar nicht den gesamten Bedarf abdecken, aber gerade für bestimmte Jugendliche eine zusätzliche Chance sein.

Norbert Wichmann wendet ein, dass hier leider nur betriebliche Subventionen gezahlt werden und es dabei immer das Risiko des Mitnahmeeffekts gibt. Aus seiner Sicht hat man mit der Umlagefinanzierung, wie sie im Baubereich mit der Sozialkasse Bau umgesetzt wird, sehr gute Erfahrungen gemacht. Auch Ludger Urbic unterstützt eine entsprechende Umlage, die Ausbildungsbetriebe finanziell entlastet. Betriebe, die nicht ausbilden und dann von fertig ausgebildeten Fachkräften profitieren, leisten somit auch ihren Beitrag.

Alternative Ausbildungsformen

Ludger Urbic erachtet für benachteiligte Jugendliche auch die betriebliche Ausbildung als richtiges Ziel. Um die Kleinbetriebe wieder zu gewinnen, müssen nicht nur die Jugendlichen begleitet und qualifiziert, sondern auch die Betriebe unterstützt werden, wie dies z.B. mit der Assistierten Ausbildung der Fall sein

Ludger Urbic bedauert, dass auf Landesebene nicht wieder das unter der letzten CDU-Regierung von Minister Laumann etablierte Programm „3. Weg“ eingeführt wurde. Das erlaubte es Jugendlichen, ihre Ausbildung auf bis zu fünf Jahre zu strecken. Erfolgreich war dies vor allem für diejenigen mit großen Benachteiligungen. Auch Norbert Wichmann unterstreicht, dass der 3. Weg damals zwar die teuerste, aber die effektivste Maßnahme für benachteiligte Jugendliche war.

Abschließend fasst Ludger Urbic die zukünftigen Herausforderungen aus Sicht der Jugendsozialarbeit zusammen: Für alle Akteure muss es ein Anliegen sein, dass Unternehmen mehr und in bestimmten Branchen qualitativ besser ausbilden. Nicht nur Jugendliche, sondern auch Ausbildungsbetriebe müssen dabei stärker unterstützt werden. In den Bereichen, in denen dann dennoch nicht genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen, muss die öffentliche Hand Ausbildung finanzieren. Das Recht auf Ausbildung würde hier den verbindlichen Rahmen stecken.

Das Projekt „Work4You“ im Don-Bosco-Club Köln unterstützt sozial benachteiligte Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 15 und 25 Jahren in schwierigen Lebenslagen. Das pädagogische Team hilft den Jugendlichen bei Problemen rund um Schule, Ausbildung, Beruf, Sucht, Schulden, Wohnraum, persönliche Konflikte, Nöte und Sorgen und holt sie somit wieder zurück auf den Weg in die Gesellschaft. Für Begegnungen, Gespräche, sinnvolle Freizeitgestaltung, Krisenintervention, Beratung, gemeinsame Perspektiventwicklung stehen die Fachkräfte täglich 24 Stunden vor Ort – an 7 Tagen in der Woche zur Verfügung. WORK4YOU wird im Rahmen des Pilotprogramms RESPEKT des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales durchgeführt.



Am 11.05. zeigten Jugendliche aus dem Projekt am Stand auf dem Katholikentag, wie man mit Schrauben und anderen Metallteilen kleine Figuren und Gegenstände zusammenbauen kann. Ihnen machte es vor allem Spaß, gerade den jüngeren Standbesucher_innen die notwendigen Handgriffe und den Umgang mit den Werkzeugen beizubringen. Die Jugendlichen hatten aber auch Zeit, über die Katholikentagsmeile und durch die Stadt Münster zu gehen und sich dort die vielfältigen Angebote anzuschauen.

kann. Dafür müssen aber genügend Mittel der Bundesagentur für Arbeit bereitgestellt werden. Norbert Wichmann ergänzt, dass die Assistierte Ausbildung bei den Betrieben nur dann weiter an Akzeptanz gewinnt, wenn diese das Gefühl vermittelt bekommen, man wird in der Ausbildungspraxis unterstützt und nicht etwa kontrolliert. Je länger die Assistierte Ausbildung eingesetzt wird, so seine Prognose, desto eher wird sich diese Erfahrung auch durchsetzen.

Auch in der Teilzeitausbildung sieht Marco Schmitz die Möglichkeit, den spezifischen Bedürfnissen z.B. von jungen Müttern mit Kindern, die keine Vollzeitausbildung machen können, Rechnung tragen zu können.

IMPRESSUM

jugendsozialarbeit aktuell
c/o LAG KJS NRW
Ebertplatz 1
50668 Köln
E-MAIL: aktuell@jugendsozialarbeit.info
WEB: www.jugendsozialarbeit.info

jugendsozialarbeit aktuell (Print) ISSN 1864-1911
jugendsozialarbeit aktuell (Internet) ISSN 1864-192X

VERANTWORTLICH: Stefan Ewers
AUTORIN/REDAKTION: Franziska Schulz
DRUCK/VERSAND: SDK Systemdruck Köln